

Antrag

der Fraktion der Deutschen Partei

betr.: Deutsche Kriegsgefangene und Internierte in der Sowjetunion.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag ersucht die Bundesregierung, durch dringliche Vorstellungen bei der Hohen Kommission dahin zu wirken, daß

- a) die Sowjetunion unverzüglich die Zahl der in russischen Gefangenen- und Internierungslagern verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen und sonstigen festgehaltenen deutschen Männer und Frauen angibt und binnen kürzester Frist eine Liste mit Namen der Verstorbenen überreicht, aus der die Personalien der Verstorbenen, das Datum ihrer Gefangennahme, das Datum ihres Todes, die Todesursache und der Sterbeort ersichtlich sind,
- b) die Sowjetunion eine weitere Liste überreicht, aus der ersichtlich ist, welche Kriegsgefangenen oder Inhaftierten wegen vermeintlicher Vergehen durch die sowjetische Justiz zu Freiheits-, Verschickungs- oder Arbeitsstrafen verurteilt sind, welche Instanzen diese Verurteilung ausgesprochen haben, welche Vergehen im einzelnen Fall als festgestellt angenommen sind, wie hoch die Strafen im einzelnen Falle sind, und in welchem Ort sie verbüßt werden,
- c) die Sowjetunion sich darüber äußert, auf Grund welcher völkerrechtlichen Regeln und Grundsätze aus der Schar der zur Entlassung an die sowjetische Zonengrenze verbrachten Gefangenentransporte ständig eine große Anzahl zu Entlassender zurückbehalten und in die Sowjetunion zurückgeschafft werden, wobei den Betroffenen eröffnet wird, daß sie ohne rechtliches Gehör angeblich zu langfristigen Strafen verurteilt sein sollen,
- d) die Sowjetunion in wirksamster Weise angehalten werde, die für alle zivilisierten Nationen verbindlichen Gebote der Menschlichkeit und die Grundsätze des Völkerrechts bei der Behandlung aller in ihrer Gewalt befindlichen deutschen Menschen zu beachten.

Bonn, den 11. Januar 1950

Dr. Mühlenfeld
und Fraktion